



Presseschau vom 25.07.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

Liudmila Kotlyarova: Wegen Hilfe für Nord Stream 2: Hafenstadt auf Rügen will den USA nicht ins Netz gehen

Da die Hafenstadt Sassnitz das Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 angenommen und abgearbeitet hat, muss sie nun mit neuen US-Sanktionen rechnen. Im Gespräch mit Sputnik zeigen der Bürgermeister der Stadt, Frank Kracht, und sein Chef der Wirtschaftsförderung, Leon Kräusche, kein Verständnis für die „befremdlichen“ Drohungen der Amerikaner. ... <https://sptnkne.ws/DfEP>

vormittags:

de.sputniknews.com: **Syrien berichtet von israelischen Helikopterangriffen**

Israelische Kampfhubschrauber haben nach Darstellung syrischer Staatsmedien am Freitagabend Angriffe auf den Golanhöhen geflogen. Dabei seien syrische Armeestellungen rund um die Ortschaft Quneitra angegriffen und zwei Soldaten verletzt worden, meldete das Staatsfernsehen.

Auch das israelische Militär (IDF) bestätigte die Kampfhandlungen, allerdings ohne Zeit- und Ortsangabe. Nach israelischer Darstellung sei zunächst von syrischer Seite geschossen worden. „Daraufhin haben unsere Flieger militärische Ziele der Streitkräfte Syriens im Süden Syriens angegriffen“, heißt es in einem IDF-Tweet.

„Wir halten das Regime Syriens für verantwortlich und werden auf jeden Verstoß gegen Israels Souveränität antworten“, warnte das israelische Militär gleichzeitig.

Das Verteidigungsministerium Syriens teilte mit, dass Hubschrauber der israelischen Luftwaffe syrische Stellungen in der Provinz Quneitra auf den Golanhöhen angriffen. „Heute um 23:00 Uhr haben israelische Hubschrauber drei Positionen an der ersten Linie in der Region Quneitra mit Raketen angegriffen“, heißt es in einer Erklärung des Verteidigungsministeriums.

Zuvor schon hatte die israelische Armee von Explosionen auf der syrischen Seite des Grenzgebiets zu Israel berichtet. Dabei seien ein ziviles Gebäude und ein Fahrzeug beschädigt worden. Berichten zufolge entstanden die Schäden in dem Ort Madschdal Schams auf den Golanhöhen.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 24. Juli 3:00 Uhr bis 25 Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen von Seiten der BFU 5

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Terminal), Petrowskoje, Nowolaspa, Belaja Kamenka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 151.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 2. ...

deutsch.rt.com: US-Vertreter dringen nach Abzug der Diplomaten in Chinas Konsulat in Houston ein

China hat die Anordnung der US-Regierung befolgt und sein Konsulat in Houston geschlossen. Kurz nach dem Abzug der Diplomaten drangen US-Beamte ins Gebäude ein. US-Außenminister Mike Pompeo hatte zuvor Chinas Vertretung in Houston ein "Drehkreuz der Spionage" genannt.

Drei Tage nach der angeordneten Schließung des Konsulats in Houston haben chinesische Diplomaten die Vertretung in der texanischen Metropole geräumt. US-Medien berichteten, knapp eine Stunde nach dem Abzug der Diplomaten seien US-Behördenvertreter in das Gebäude eingedrungen. [Augenzeugen veröffentlichten Videos](#) der Aktion.

Die Zeitung Houston Chronicle berichtete, 40 Minuten nach dem Ablauf der Frist zur Räumung am Freitag (Ortszeit) sei dafür eine Hintertür des Gebäudes aufgebrochen worden. Der Sender CNN meldete, Sicherheitskräfte seien auf das Gelände gefahren, nachdem die chinesischen Diplomaten von dort abgezogen seien.

Die US-Regierung hatte die Schließung des Konsulats in Houston am Dienstag angeordnet. US-Außenminister Mike Pompeo nannte die diplomatische Vertretung ein "Drehkreuz der Spionage und des Diebstahls geistigen Eigentums". Es müsse geschlossen werden, um das amerikanische Volk zu schützen. Ein Beamter des US-Außenministeriums sagte am Freitag, die Schließung sei Teil von "bewussten Bemühungen", die Beziehung zu China auf eine "solide Grundlage" zu stellen.

China forderte die USA erfolglos auf, die Schließung des Konsulats in Houston rückgängig zu machen, damit die bilateralen Beziehungen zur Normalität zurückkehren könnten. Als Vergeltung verfügte die Regierung in Peking, dem US-Konsulat in Chengdu im Südwesten

des Landes die Lizenz zu entziehen. Das sei eine "legitime und notwendige Reaktion auf die unvernünftigen Handlungen der USA". Schuld daran sei allein die Regierung von US-Präsident Donald Trump.

China bedauert die Eskalation der Spannungen, aber "die Verantwortung liegt vollständig bei den Vereinigten Staaten" und man sei gezwungen, angemessen auf die US-Provokationen zu reagieren.

Durch die gegenseitige Schließung der Konsulate müssen Dutzende Diplomaten beider Staaten zurück in ihre Heimat. Der diplomatische Streit verschärft die Spannungen zwischen den beiden größten Volkswirtschaften. Die Großmächte liegen schon wegen Chinas Umgang mit dem Ausbruch des Coronavirus, der Handelspolitik und dem Vorgehen der chinesischen Behörden in Hongkong und in Xinjiang im Streit. Das Verhältnis ist aus chinesischer Sicht so schlecht wie seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1979 nicht mehr.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.07/article/5f1bce2a48fbef0283118121.JPG>

de.sputniknews.com: **Russische Soldaten verteilen in Aleppo über eine Tonne Nahrungsmittel**

Russische Soldaten haben bei einer erneuten Hilfsaktion in Syrien mehr als 1100 Kilogramm Nahrungsmittel an die notleidende Bevölkerung verteilt. Hunderte Pakete gingen an Bewohner von zwei Ortschaften der nordwestlichen Provinz Aleppo, wie Dmitri Deljagin vom russischen Zentrum für die Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien mitteilte.

„Russland hilft der Bevölkerung der Syrischen Arabischen Republik weiter. Heute verteilen wir 440 Lebensmittelpakete mit einem Gesamtgewicht von 1130 Kilogramm“, sagte Deljagin vor Journalisten.

Ihren ersten Halt machte die Fahrzeugkolonne in Dallavia, einer Ortschaft, die noch vor einem Jahr unter Kontrolle des US-Militärs gestanden hatte. Die Hilfe wurde im Gebäude der Dorfschule verteilt. Ortsbewohner klagten, dass während der US-Herrschaft Lebensmittel knapp gewesen seien.

„Die Situation im Dorf ist schwierig, die Bewohner haben die Alltagsprobleme satt“, sagte Abderddin al-Aber, als er sein Lebensmittelpaket holte. Nach seinen Worten ist es nicht das erste Mal, dass Russen mit Lebensmittelspenden kommen.

„Wir danken unseren russischen Brüdern für die Hilfe, die sie ein bis zwei Mal im Monat bringen. Die Hilfe für das arme Volk.“

Den zweiten Stopp legte die Kolonne in Khan Tuman ein. In der kleinen Ortschaft im Nordwesten Syriens hatten lange Zeit Militante das Sagen, die nicht nur Verwaltungsgebäude, sondern auch viele Wohnhäuser und wichtige Infrastrukturen zerstörten. Erst nach der Befreiung konnten viele Bewohner, die vor dem Krieg geflüchtet waren, in ihre Häuser zurückkehren.

Nach Angaben der lokalen Leitung ist fast jeder Einwohner von Khan Tuman nun auf die

Lebensmittelhilfe angewiesen.

„Als die Kämpfe vorbei waren und ich in mein Heimatdorf zurückkam, weinte ich, als ich sah, was aus meinem Haus geworden war. Es war fast vollständig zerstört“, erzählte den Journalisten Abdurahman el-Weissi, nachdem er ein Lebensmittelpaket in Empfang genommen hatte.

Bis jetzt hat das russische Militär nach Angaben des Zentrums für die Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien bei gesamt 2400 Hilfsaktionen mehr als 4000 Tonnen Nahrungsmittel, Trinkwasser und Bedarfsgüter an die Bevölkerung verteilt. Mediziner des russischen Verteidigungsministeriums betreuten vor Ort mehr als 132.000 Syrer.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32731/44/327314435_0:351:3076:2016_1000x541_80_0_0_8319f6bdf952704aeac770ee548fd4e0.jpg

de.sputniknews.com: **Norwegen schickt Diplomaten nach Venezuela**

Norwegen hat eine Diplomatengruppe nach Venezuela entsandt, um sich aus erster Hand über die Lage in dem krisengebeutelten Land zu informieren. Dag Halvor Nylander vom norwegischen Außenministerium bestätigte entsprechende Berichte.

Beim norwegischen Außenministerium leitet Dag Halvor Nylander das Referat für Frieden und Einvernehmen der Abteilung für regionale Angelegenheiten. Von April 2017 bis März 2018 war er der Beauftragte von UN-Generalsekretär António Guterres im Grenzstreit zwischen Venezuela und Guyana.

„In Bezug auf Medienberichte kann ich bestätigen, dass norwegische Diplomaten Caracas besuchen, um neueste Informationen über die gesundheitliche und politische Situation im Land zu bekommen“, schrieb Nylander am frühen Samstagmorgen auf Twitter.

Venezuela steckt in einer politischen Krise, seit der Oppositionsführer Juan Guaidó sich Anfang 2019 zum Interimspräsidenten erklärt hat und von mehreren Ländern als solcher anerkannt worden ist. Dem waren Massenproteste gegen die Wirtschaftskrise und den kürzlich davor vereidigten Präsidenten Nicolás Maduro vorausgegangen.

Viele westliche Staaten erkennen Guaidó als neuen Staatschef Venezuelas an. Doch in seiner Heimat kann sich der selbsternannte Präsident bisher nicht durchsetzen. Auch international stehen mehrere Staaten wie Russland, China oder die Türkei weiter zu Präsident Maduro, der Guaidó als US-Marionette bezeichnet.

Anfang Juli kritisierte die Volksversammlung Venezuelas eine Resolution des EU-Parlaments, in der schärfere Sanktionen gegen die Regierung in Caracas gefordert wurden, als „schmachvoll und unmoralisch“ und rief die Europäer dazu auf, den gegen Venezuela geführten „Vernichtungskrieg“ nicht mitzutragen.

Mzdnr.ru: Am 24. Juli wurden in der DVR 34 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Einer der neuen Fälle wurde bei einer Person, die am 17. Juli aus der Ukraine eingereist ist, entdeckt. Alle anderen neuen Fälle sind Kontaktpersonen zu bereits zuvor Erkrankten. Derzeit ist der Zustand aller Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

Außerdem gab es zwei Todesfälle – ein Mann im Alter von 46 Jahren und eine Frau im Alter von 91 Jahren.

Am 25. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 1645 Fälle von Infektionen registriert. 802 Patienten sind derzeit in Behandlung, 747 als gesund entlassen, es gibt 96 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **„Lassen uns nicht von Trump vorschreiben...“: Stadt auf Rügen sträubt sich gegen Sanktionen**

Die Hafenstadt Sassnitz hat das Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 angenommen und abgearbeitet. Von den eventuellen neuen US-Sanktionen, die auch deren Hafen Mukran treffen könnten, halten die Sassnitzer nicht viel, wollen sie aber auch nicht unterschätzen. Auch mit starken Worten wird nicht gespart.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/710-F-GP3TQ" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/710-F-GP3TQ>

Lug-info.com: **Am 25. Juli um 9 Uhr sind in der LVR 606 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.** Davon sind 561 nach zwei negativen Tests als gesund entlassen worden. Es gibt seit Beginn der Pandemie 15 Todesfälle.

deutsch.rt.com: **"Die Gesetzlosen stoppen": Iran will nach Flugzeug-Vorfall rechtlich gegen USA vorgehen**

Nachdem ein iranisches Passagierflugzeug über syrischem Luftraum von US-Kampfflugzeugen bedrängt wurde, will der Iran die Dinge nicht auf sich beruhen lassen. Den "Gesetzlosen" müsse rechtlich Einhalt geboten werden, bevor Schlimmeres geschehe. Die USA dementieren jegliches Fehlverhalten.

Ende der Woche kam es über syrischem Luftraum zu einem Zwischenfall mit Konsequenzen: Ein iranisches Passagierflugzeug (Mahan Airlines Flug 1152) wurde über al-Tanf im Südwesten Syriens von mindestens einem Kampfflugzeug des Typs F-15 bedrängt, mehrere Passagiere wurden verletzt.

Nun meldete sich der iranische Außenminister Mohammad Dschawad Sarif zu Wort und warf den USA die Gefährdung von Menschenleben vor. Die US-Kampfflugzeuge hätten das Leben unschuldiger Passagiere gefährdet, nur um die Sicherheit eines von ihnen besetzten Territoriums zu schützen.

„Die USA besetzen illegal das Territorium eines anderen Staates und belästigen dann ein ziviles Linienflugzeug, wobei sie unschuldige zivile Passagiere gefährden – angeblich zum Schutz ihrer Besatzungstruppen. Dreistigkeit, um Gesetzlosigkeit mit Gesetzlosigkeit zu verstärken. Diese Gesetzlosen müssen gestoppt werden, bevor eine Katastrophe geschieht“, schrieb Sarif bei Twitter.

Das iranische Außenministerium werde die Details des Vorfalls untersuchen und dann eine Erklärung abgeben. Auf dieser Basis werde man gegebenenfalls rechtliche Schritte gegen die USA einleiten. Letztere wollen bei dem Vorfall jedoch alles richtig gemacht haben.

„Die Bedrängung einer Passagiermaschine in einem neutralen Luftraum ist ein klarer internationaler Verstoß gegen die Sicherheit im zivilen Luftverkehr“, erklärte Vizepräsidentin Laja Dschonejdi am Freitag nach einer Meldung der iranischen Nachrichtenagentur ISNA. Daher werde die iranische Regierung den Fall der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation sowie dem Internationalen Gerichtshof melden.

Nach iranischer Darstellung hätte sich am Donnerstag mindestens ein ausländisches Kampfflugzeug im syrischen Luftraum der Mahan-Air-Maschine mit Ziel Beirut genähert. Der Pilot des Passagierflugzeugs war demnach gezwungen, ein abruptes Ausweichmanöver einzuleiten. Dabei seien einige Passagiere verletzt worden. Zunächst war in iranischen Medien von zwei israelischen Kampfflugzeugen die Rede gewesen.

Mittlerweile bestätigten die USA, dass sich ein US-Kampfflugzeug der iranischen Passagiermaschine genähert habe. Der Pilot des Kampfflugzeugs habe jedoch "im Einklang mit internationalen Standards" gehandelt.

Nach Angaben von US-Marinekapitän Bill Urban unterzog die amerikanische F-15 den Passagierflieger "aus einer sicheren Entfernung von rund 1.000 Metern" einer optischen Identifizierung. Nach der Identifizierung des Flugzeugs als Passagiermaschine habe sich die F-15 wieder entfernt. Dies sei ein übliches Manöver.

„Die Sichtkontrolle fand statt, um die Sicherheit des Koalitionspersonals in der at-Tanf-Garnison zu gewährleisten. Nachdem der Pilot der F-15 das Flugzeug als Passagierflugzeug der Mahan Air identifiziert hatte, ging die F-15 auf Abstand zum Flugzeug", gab Urban an. Nach iranischen Angaben näherte sich die US-Maschine dem iranischen Airbus A310 bis auf eine Distanz von 100 Metern, wodurch sich der Pilot des zivilen Flugzeugs zum abrupten Manöver gezwungen sah.

Bei Mahan Air handelt es sich um eine private Fluggesellschaft mit Sitz in Teheran. Im Jahr 2011 sanktionierte das US-Finanzministerium die Fluggesellschaft wegen angeblicher "finanzieller, materieller und technologischer Unterstützung" für die iranischen Quds-Brigaden, die Eliteeinheit der iranischen Revolutionsgarde. Das US-Finanzministerium behauptete zudem, Mahan Air habe Waffen, Güter und Personal für die libanesische Hisbollah befördert.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.07/article/5f1bf953b480cc4b6b751d8b.JPG>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Chinesische „Chángzhēng“-Trägerrakete bringt drei zivile Satelliten in den Orbit**

Eine chinesische Trägerrakete vom Typ Langer Marsch 4 (Chángzhēng) hat am Samstag drei zivile Satelliten erfolgreich auf die berechnete Umlaufbahn gebracht. Das teilte die China Aerospace Science and Technology Corporation (CASC) mit.

Der Raketenstart erfolgte demnach um 11.13 Uhr Ortszeit (05.13 Uhr MESZ) vom Weltraumbahnhof „Taiyuan“ in der nordchinesischen Provinz Shanxi. Kurze Zeit später erreichten die drei Satelliten ihre berechnete Umlaufbahn.

„Ziyuan 3“

Der Raumapparat „Ziyuan 3“ (ZY-3) gehört zu der in China entwickelten Satellitenserie, die für die Raumbildaufnahme bestimmt ist. Diese Aufnahme ist für geodätische und kartographische Tätigkeiten erforderlich. Der Satellit wird sich in der Benutzung des Ministeriums für Naturressourcen befinden und neben zwei zuvor in den Orbit gebrachten Satelliten derselben Serie und dem Satelliten „Gaofen -7“ tätig sein. Der zweite Satellit „Longxiayan“ ist mit einem Röntgenstrahlungsdetektor ausgestattet.

„Tianqi-10“

Der dritte Satellit „Tianqi-10“ wird ein Teil des in China zu bildenden Netzes des Internet der Dinge in niedriger Erdumlaufbahn sein. Bis Jahresende soll die Satellitengruppierung „Tianqi“ über mindestens zwölf Apparate verfügen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32576/39/325763998_0:131:3072:1793_1000x541_80_0_0_6daf17ff98a171d0e097f46a4971d316.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 25. Juli 2020**

Nach Angaben von Beobachtern des GZKK der DVR haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden fünfmal das Regime der Feueinstellung verletzt.**

In **Richtung Donezk** hat der Gegner in Ausführung eines verbrecherischen Befehls des Kommandeurs der 54. Brigade Majstrenko **Donezk** mit 82mm-Mörsern beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 53. Brigade unter Kommando des Verbrechers Titnko **Nowolaspa, Petrowskoje** und **Belaja Kamenka** mit Schützenpanzerwaffen, Antipanzerlenkraketen, automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Alle Materialien zu Fällen von Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden an Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren in Bezug auf die verbrecherischen Handlungen der Brigadekommandeure Majstrenko und Titenko hinzuzufügen.

Das Kommando der OOS behindert weiter die Arbeit der OSZE-Mission zur Feststellung von Verstößen von Seiten der Ukraine.

Im Gebiet von Pawlowpol haben wir die Stationierung einer Station „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer Kompanie für elektronische Kriegführung der 36. Brigade zur Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE festgestellt. Außerdem haben Mitarbeiter der Mission in dem genannten Gebiet Verstöße von Seiten der ukrainischen Streitkräfte und einen Versuch zur Vernichtung eine Drohne der OSZE, die eine planmäßige Patrouille durchführte, worüber die ukrainische Seite informiert war, registriert. So hat eine Videoapparatur, die auf einer Drohne der OSZE installiert war, 2 km südwestlich der Station der elektronischen Kriegführung am Rand von Tschernenko festgehalten, wie zwei

bewaffnete Personen das Feuer mit Schusswaffen in Richtung der Drohne eröffneten und mehr als 40 Schüsse abgaben. Die Vertreter der OSZE zogen die Drohne aus dem Feuer ab, um sie zu erhalten, und verließen das genannte Gebiet.

Außerdem verfügen wir über Informationen, dass der stellvertretende Kommandeur der OOS, zuständig für Luftwaffe und Luftabwehr, Martschenko durch eine besondere Verfügung Übungen mit dem Personal des 68., 2316., 234. und 260. Bataillons der 14. funktechnischen Brigade zum Angriff auf Luftziele mit üblichen Schusswaffen durchführt. Die Übungen finden in Ursuf, Iwanowka und Iljinka statt. Bei den Übungen lernen die Soldaten aktiv die taktisch-technischen Charakteristika der Drohnen der OSZE mit geringer Reichweite.

Nach unseren Informationen hat die sogenannte Donezker militärisch-zivile Oblastverwaltung eine **kollektive Beschwerde von Einwohnern von Berestki über Soldaten der 79. Brigade**, die allgemeine Straßen für die Verlegung von Raupentechnik und schwerer Militärtechnik, darunter Panzer, verwenden, erhalten. In der Beschwerde wird darauf verwiesen, dass nach der Fahrt von vier T-64-Panzern durch Berestki der Asphaltbelag von zwei zentralen Kreuzungen der Ortschaft ernsthaft beschädigt ist.

Mehr als 120 Einwohner, die die Beschwerde unterschrieben haben, sind über die straflosen Aktivitäten der ukrainischen Soldaten empört und fordern die Wiederherstellung des zerstörten Straßenbelags sowie ein Verbot der Fahrt von Technik der ukrainischen Streitkräfte durch die Ortschaft.

Das Oberhaupt der Donezker militärisch-zivilen Oblastverwaltung Kirilenko, der den Kommandeur der OOS Krawtschenko über die eingegangene Beschwerde informiert hat, erhielt die **mündliche Antwort, dass die ukrainischen Militärs sich nicht für die Probleme der Zivilbevölkerung interessieren**, die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte erfüllen in der OOS-Zone Kampfaufgaben und der Wiederaufbau von Infrastrukturobjekten ist die Aufgabe der örtlichen Staatsorgane.

Wir rufen die Bevölkerung auf, die auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium lebt, sich zu allen Fällen von Stationierung und Verlegung von Technik der ukrainischen Streitkräfte durch Ortschaften an die Vertretung der OSZE-Mission zu wenden und Beschwerden an die Administration des Präsidenten der Ukraine zu schreiben.

Der Kommandeur der OOS Krawtschenko nannte bei einem Besuch des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ in Ugledar am 22. Juni die **Maßnahmen des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sokolow zur Verhinderung des Verlassens der Positionen durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte unzureichend**. Er fordert, äußerst harte Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der Soldaten, die eigenmächtig den Truppenteil verlassen, zu reduzieren. In die unterstellten Einheiten wurden Anweisungen geschickt, die es bis zu einer besonderen Verfügung verbieten, die zeitweiligen Stationierungspunkte zu verlassen.

So ist unter dem Personal eines Bataillons der 54. Brigade, das in Werchnetorezkoje stationiert ist, bereits eine Zunahme der Unzufriedenheit mit den Bewegungsbeschränkungen festzustellen. Die ukrainischen Soldaten weigern sich, die Befehle ihrer Kommandeure, die Stationierungsorte der Einheiten nicht zu verlassen, auszuführen und halten deren Handlungen für rechtswidrig und ungesetzlich. Zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung und zur Verhinderung eines Abfalls der Disziplin ist der Brigadekommandeur Majstrenko in Werchnetorezkoje eingetroffen, der versprach, harte Maßnahmen gegen alle zu ergreifen, die die Disziplin verletzen. Dabei blieben Anfragen einfacher Soldaten mit Beschwerden über unzureichende Versorgung, das geringe Niveau der Organisation der Lebensbedingungen und systematische Geldabzüge in „Kompaniekassen“ ungehört.

Eine Zunahme der Unzufriedenheit ist in der 53. Brigade zu beobachten, wo der Brigadekommandeur Titenko nach dem Übergang des Richtschützen eines Mörserzugs, des Soldaten Skidan, auf das Territorium der DVR verboten hat, Entlassungsanträge zu stellen, und eine Aufklärungskompanie angewiesen hat, eine Patrouille des zeitweiligen

Stationierungspunkts des Bataillons „Ajdar“ in Starogntowka zu organisieren. Titenko forderte, ohne Ausnahme alle „Ajdarer“ festzunehmen, die den Stationierungsort des Bataillons verlassen haben. Vor dem Hintergrund der Verstärkung von Seiten des Kommandos der Brigade und der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ sowie der Einführung einer Reihe von Beschränkungsmaßnahmen für die freie Bewegung sind **Konflikte zwischen den Soldaten der Aufklärungskompanie und den „Patrioten“ aus „Ajdar“** festzustellen. Trotz der in der letzten Woche in der Ukraine aufgetretenen Vorfälle, die mit ungesetzlichem Handel von Waffen, die unkontrolliert aus der OOS-Zone gebracht wurden, zusammenhängen, halten es die Führung der Ukraine, die Rechtsschutzorgane und das Kommando der OOS nach wie vor nicht für notwendig, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, um die Wiederholung von Terrorakten, wie in Luzk und Poltawa, zu verhindern. Waffen, die vorsätzlich verloren gehen und dann von Einheiten und nationalistischen Gruppierungen in der OOS-Zone gestohlen werden, geraten weiter über organisierte Kanäle in die Tiefe der Ukraine.

So hat eine Patrouille des 501. Bataillons der 36. Brigade im Gebiet von Schirokino an einem provisorischen Checkpoint zwei silberfarbene Kleinbusse mit Kämpfern des „Rechten Sektors“ zum Zweck der Kontrolle angehalten. Diese weigerten sich die Fahrzeuge und Dokumente kontrollieren zu lassen und teilten mit, dass nun die Führung telefonisch mit dem Checkpoint Kontakt aufnehmen und die Anweisung geben wird, die Fahrzeuge unbehindert passieren zu lassen. Daraufhin setzten die Kleinbusse die Fahrt in Richtung Mariupol fort. Uns ist bekannt, dass die genannte Gruppe in Zusammenarbeit mit einzelnen Funktionsträgern der 36. Brigade sich weiter mit Schmuggel befasst und Waffen und Munition aus der OOS-Zone bringt. Zuvor war ein ähnliches Schema auch mit dem Kommando der 10. Brigade organisiert worden.

Wir warnen die Bürger der West- und Zentralukraine, dass alle Waffen, die aus der OOS-Zone gebracht werden, sich früher oder später ein weiteres Mal auf den Straßen Ihrer Städte befinden werden, trotz der populistischen Erklärungen des Präsidenten der Ukraine Selenskij und des Innenministers Awakow über eine Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen.

deutsch.rt.com: **"Palästinenser können sich auf uns verlassen": China warnt Israel vor Umsetzung von Annexionsplänen**

Die Annexionspläne Israels im Westjordanland sind nicht vom Tisch. Nun mischte sich auch China in die entsprechende Debatte ein. In einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats ermahnte der chinesische UN-Botschafter Israel, von seinen Plänen abzusehen. Zudem forderte er, die "Gewalt gegen die Zivilbevölkerung" einzustellen.

Seit geraumer Zeit lässt sich beobachten, dass die chinesische Regierung aufgrund der zunehmenden Erosion politischer und diplomatischer Standards ihre öffentliche Zurückhaltung bei internationalen Konflikten zunehmend aufgibt. Jüngstes Beispiel ist die Debatte um die Annexionspläne der israelischen Regierung im Westjordanland.

Am Mittwoch schloss sich der chinesische Botschafter bei den Vereinten Nationen einer wachsenden Zahl von Staaten an, die sich gegen die geplante Annexion von Territorien im Westjordanland durch Israel aussprechen. Miguel Berger, Staatssekretär des Auswärtigen Amts der Bundesregierung, die seit Juli die Ratspräsidentschaft des UN-Sicherheitsrats innehat, führte den Vorsitz der Sitzung.

China sei "zutiefst besorgt über Berichte in Bezug auf den Plan, einen Teil der besetzten palästinensischen Gebiete zu annektieren", erklärte der chinesische UN-Botschafter Zhang Jun bei einem Briefing des UN-Sicherheitsrates über die Lage im Nahen Osten.

„Ein solcher Plan würde, sollte er umgesetzt werden, das Völkerrecht und die einschlägigen UN-Resolutionen ernsthaft verletzen und die Zwei-Staaten-Lösung gefährden. Wir fordern die betreffende Partei dringend auf, von einseitigen Aktionen abzusehen und ihr Bestes zu tun, um den Konflikt und die Spannungen zu deeskalieren. Es ist auch unsere feste Position, dass

kein Land einseitige Aktionen unterstützen sollte", lautete der Appell des chinesischen Politikers.

Zudem forderte Jun von Israel "die Siedlungsaktivitäten, die Zerstörung palästinensischer Strukturen und die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung" einzustellen.

Jun erinnerte daran, dass Präsident Xi Jinping kürzlich mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas gesprochen habe und versicherte, dass China "ein aufrichtiger Freund des palästinensischen Volkes" sei. Daher unterstütze Peking die palästinensische Forderung nach international vermittelten Verhandlungen. Peking sei willens eine Teilnahme an den Verhandlungen in Erwägung zu ziehen.

„Das palästinensische Volk kann immer auf die Unterstützung Chinas für seine gerechte Sache zählen, um die legitimen nationalen Rechte wiederherzustellen", versicherte Zhang Jun. Jun sprach nach dem UN-Sonderkoordinator Nikolaj Mladenow, der die Mitgliedsstaaten über die jüngsten Entwicklungen in Bezug auf Israels Annexionsabsichten informierte. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu hatte den 1. Juli als Datum für den Beginn des entsprechenden Verfahrens festgelegt. Dann verschob er die Annexionspläne jedoch, nachdem er international, aber auch innerhalb Israels auf Widerstand gestoßen war.

Die israelische Regierung kämpft derzeit zudem mit einem demzufolge Wiederaufflammen der Coronavirus-Infektionszahlen, einer zunehmenden Wirtschaftskrise und Massenprotesten der Bevölkerung gegen den Führungsstil Netanjahus.

„Da die Arbeitslosigkeit in Israel auf über 20 Prozent angestiegen ist und Tausende von Israelis auf die Straße gehen, um von ihrer Regierung größere finanzielle Unterstützung zu fordern, haben viele auf die enormen finanziellen und möglicherweise menschlichen Kosten hingewiesen, die das Vorantreiben möglicher Annexionspläne mit sich bringt", ordnete Mladenow ein.

„Ich wiederhole die Aufforderung des Generalsekretärs an die israelische Regierung, die Pläne zur Annexion von Teilen des besetzten Westjordanlandes aufzugeben", ergänzte der bulgarische Politiker.

„Die israelischen Siedlungen in den betreffenden Gebieten sind im Laufe der Jahre auf etwa 427.000 Menschen angewachsen. Netanjahu plant, die israelische Souveränität auf die Siedlungen sowie auf Teile des Jordantals auszudehnen, die etwa 30 Prozent des gesamten Westjordanlandes ausmachen.“

Der Plan wird von in erster Linie durch die USA im Rahmen des vermeintlichen "peace deals" Trumps unterstützt. Internationalen Beobachtern gilt das ohne palästinensische Beteiligung verhandelte "Friedensabkommen" als pro-israelische Blaupause und Legitimationsgrundlage einer fortwährenden Besatzung.

Sollten die Annexionspläne umgesetzt werden, wäre das Ergebnis ein entmilitarisiertes, palästinensischer Flickenteppich, geteilt durch israelisches Land, israelische Kontrollpunkte und vom israelischen Militär besetzte Gebiete.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.07/article/5f1ad61248fbef52f52a6cf2.jpg>

Mil-Inr.info: **Bericht des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 25. Juli 2020**

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden kein Beschuss von Seiten der BFU** festgestellt. Aber der **Gegner konzentriert weiter Munition für von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen.**

Der Kommandeur der 24. Brigade Guds hat ohne Wissen des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Anweisungen gegeben, Geschosse für 120mm-Mörser in die Einheiten zu bringen. 180 nicht erfasste Mörsergeschosse wurden bei der Rotation in die 24. Brigade geliefert, beim Wechsel auf die Positionen der 59. Brigade. Diese nicht in der Buchhaltung erfassten Geschosse erlauben es dem Brigadekommandeur, sie ungehindert nach seinem Gutdünken zu verwenden, sowohl für Provokationen von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Brigade als auch, um zielgerichtet das Territorium der Republik zu beschießen ohne das übergeordnete Kommando zu benachrichtigen.

Nach Angaben unserer Aufklärung wurde im Verantwortungsbereich der 25. Luftlandebrigade ein **provisorischer Checkpoint im Gebiet von Staniza Luganskaja** errichtet. Kämpfer der 25. Brigade verletzen wieder auf Befehl des Kriegsverbrechers Sentschenko die Vereinbarungen der Kontaktgruppe vom 22. Juli 2020, um die Bewegung der OSZE-Patrouillen zu verfolgen und die Luftbeobachtungsposten und mobilen Gruppen der elektronischen Kriegsführung rechtzeitig über Flüge von OSZE-Drohnen zu informieren. ...

de.sputniknews.com: **Dorsche sind schuld: Weiterbau von Nord Stream 2 verschoben – Medien**

Russische Rohrleger können seit zwei Wochen laut dem Radiosender „NDR“ die Verlegung der letzten 120 Kilometer der Gasleitung Nord Stream 2 durch dänische Gewässer nicht aufnehmen. Als Grund wird die Laichzeit der Dorsche genannt.

Wie es weiter heißt, gilt das Seegebiet als Laichplatz. Aus Naturschutzgründen haben die dänischen Behörden alle Bauarbeiten bis Ende September verboten.

Dabei kommt die Natur laut dem Sender Politikern vermutlich gerade recht: US-Außenminister Mike Pompeo, einer der schärfsten Gegner von Nord Stream 2, ist am 22. Juli zu einem Besuch in Dänemark eingetroffen.

Im Rahmen seiner Reise traf sich Pompeo in Kopenhagen mit der dänischen Premierministerin Mette Frederiksen und dem Außenminister Jeppe Kofod. Nach Pompeos Ansicht müssten die USA ihre geopolitischen Interessen gegenüber Russland und China offensiver verteidigen. In der Vergangenheit sei man zu naiv gewesen. ...